

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gründungsnummer Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Nr. 3541 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei den kaufstüchtigen Leserkreisen unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9 gepaltene Seite 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4 gepaltene Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 44

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staub.

Mittwoch, 23. Februar 1921. (Petrus D.)

Notationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Der neue Landtag. — Zur Regierungsbildung.

Das vorläufige Gesamtergebnis.

Berlin, 22. Febr. Nicht amtlich. Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 399 Abgeordnete als gewählt, davon Mehrheitsfraktionen 106, Demokraten 29, Zentrum 79, Deutsche Volkspartei 57, Deutschnationale 72, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 4, Unabhängige 26, Vereinigte Kommunisten 30. Zu den 399 neu gewählten Abgeordneten treten noch die bisherigen 22 Abgeordneten des Kreises 9 (Ober-Schlesien) aus der Landesversammlung hinzu, so daß die Gesamtzahl 421 beträgt. Hierdurch erhalten:

Mehrheitsfraktionen	113 (bisher 145)
Zentrum	79 (bisher 89)
Demokraten	26 (bisher 65)
Deutschnationale	73 (bisher 50)
Deutsche Volkspartei	57 (bisher 21)
Unabhängige	28 (bisher 24)
Vereinigte Kommunisten	30 (bisher —)
Wirtschaftspartei	4 (bisher —)

Die Regierungsbildung.

Berlin, 22. Febr. Heute fand eine Besprechung zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage statt. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Partei-koalition getragen werden. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen in der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werde.

Unser Wahlkreis.

Das amtliche Ergebnis für unseren Wahlkreis (Kreis-Bezirk) stellt sich folgendermaßen:

Stimmen	Stimmen	Wahlstimmen 1920
D.M.	54 979	1 49 979 (44 259)
D. Vp.	32 633	2 12 633 (36 812)
Zentr.	323 057	8 3 057 (301 494)
Dem.	22 119	0 22 119 (33 312)
W.P.	98 312	2 18 312 (96 746)
U.N.P.	26 298	0 26 298 (89 820)
W.P.	68 813	1 28 813 (36 545)

Der Wahlkreis Köln-Rhein.

Köln, 22. Febr. Von den einzelnen Parteien sind als gewählt zu betrachten: Zentrumspartei: 1. Baufcher, Dr. Albert, Universitätsprofessor, Bonn; 2. Bauer, Dr. Amalie, Köln; 3. Garisch, Peter, Gewerkschaftsbeamter, Hergenrath; 4. Busch Wilhelm, Polizeiwalter, Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Cadenheim; 5. Oppenhol, Josef, Landgerichtsrat, Mägen; 6. Effer, Thomas, Genossenschaftsleiter, Guxfelden; 7. Wegmann, Johann, Verwaltungsbeamter der Stadt Köln; 8. Schöning, Dr. Leo, Studentent, Köln-Rietberg; 10. Krug, Philipp, Kreisphysikal, Düren; 11. Gerig, Otto, Kaufmännischer Angestellter, Köln.

(Nach der R. V. ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlstimmen noch ein weiteres Zentrumsmandat auf die Landesliste bringen.)

Sozialdemokratische Partei: 1. Haas, August, Beigeordneter, Köln; 2. Röhl, Elisabeth, Köln; 3. Erbes, Heinrich, Bibliothekar, Köln; 4. Schiffer, Louise, Mägen.

Deutsche Volkspartei: Geimann, Max, Rechtsanwalt, Köln.

Deutschnationale Volkspartei: Waltraf, Max, Staatsminister a. D., Bonn.

Kommunistische Partei: Dahlem, Franz, Redakteur, Köln.

Männer und Frauen an der Wahlurne.

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über das Verhältnis der Frauen- und Männerstimmen, das die einzelnen Parteien in Köln, wo getrennt gewählt wurde, erzielten:

	Männer	Frauen
Deutschnationale Volkspartei	6 290	6 604
Deutsche Volkspartei	19 451	17 644
Zentrum	41 207	61 789
Deutsche demokratische Partei	6 496	4 923
Sozialdemokratische Partei	40 429	26 302
Unabh. sozialdem. Partei	3 367	1 412
Kommunistische Partei	14 418	6 932
Unabhängig	461	434
Zahl der Wahlberechtigten	215 227	248 650
Gültige Stimmen	131 634	125 611
Wahlheine	580	509
Wahlbeteiligung	61.13%	50.50%

Danach stellt sich, aus Hundert berechnet, das Verhältnis wie folgt: bei den Deutschnationalen Männer 49 v. H. (bei der letzten Reichstagswahl 48 v. H.), Frauen 51 v. H. (52 v. H.); bei der Volks-

partei Männer 52.5 v. H. (58 v. H.), Frauen 47.5 v. H. (42 v. H.); bei dem Zentrum Männer 40 v. H. (40 v. H.), Frauen 60 v. H. (60 v. H.); bei den Demokraten Männer 57 v. H. (58 v. H.), Frauen 43 v. H. (42 v. H.); bei den Sozialdemokraten Männer 60 v. H. (60 v. H.), Frauen 40 v. H. (40 v. H.); bei der U. S. P. Männer 61 v. H. (67 v. H.), Frauen 29 v. H. (33 v. H.); bei den Kommunisten Männer 67.5 v. H. (—), Frauen 32.5 v. H. (—).

Die Reichstagswahlen in der Ost- und Nordmark.

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch nicht verwandten Wahlstimmen vom 6. Juni 1920 folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstags. Die Klammern umfassen die bisherige Zahl der Abgeordneten:

Deutschnationale	71 (66)
Deutsche Volkspartei	65 (62)
Zentrum	68 (67)
Demokraten	40 (45)
Mehrheitsfraktionen	108 (113)
Unabhängige	61 (59)
Kommunisten	26 (24)

Die Hannoversche Landespartei, die Bayerische Volkspartei und der Bayerische Bauernbund sind sich in ihrer Stärke gleich geblieben. Die Gesamtzahl der Sitze ist von 466 auf 469 gestiegen.

Nach langer Anwartschaft.

Berlin, 22. Febr. Dem 7. Zentrumskandidaten auf der Reichsliste fehlten zum Mandat nach dem Ausschluß der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 noch 28 000 Stimmen. Da das Zentrum bei der letzten Reichstagswahl aus Ostpreußen der Reichsliste etwa 27 000 und aus Schleswig-Holstein über 5000 Wahlstimmen zuführte, ist jetzt der 7. Kandidat der Reichsliste des Zentrums, Reichsanwalt von Reich in der (Berlin), gewählt. Der von Reichbinder ist ebenfalls und war in seiner Zeit sehr eifrig für das Zentrum in Schleswig-Holstein tätig.

Vorbildliche Volkshausbürger.

Berlin, 22. Febr. In dem Dörfchen Philadelphia im Kreise Westow-Stroden im Regierungsbezirk Potsdam erfüllen sämtliche 93 eingeschriebene Wähler ihre Wahlpflicht.

Zusammentritt des Landtages.

Berlin, 22. Febr. Die neue preussische Landesversammlung tritt am Donnerstag den 10. März zu einer ersten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Konstituierung des Hauses und die Wahl des Präsidenten.

Die Londoner Konferenz.

Berlin, 22. Febr. In dem für die Vorbereitung der Londoner Konferenz eingesetzten Sachverständigenausschusses berichtete Reichsminister Dr. Simons über die bisher erzielten Ergebnisse seiner Verhandlungen. Die Redaktionskommission wird nunmehr den endgültigen Text des zu erstellenden Gutachtens feststellen. Ihren Abschluß finden die Beratungen am Freitag in einer Plenarsitzung, woran eine große Zahl von Sachverständigen aller Kreise des brennendsten Lebens teilnimmt.

Die deutschen Vertreter für London werden am Sonntag abreisen. Die Denkschrift der deutschen Regierung wird zu Beginn der Konferenz in London der Entente überreicht werden. Minister Dr. Simons wird zur Londoner Konferenz von Ministerialdirektor von Simson begleitet werden. Zu den Beratern der deutschen Delegation gehören ferner die Herren Melchior und Dr. Nathanael. Hugo Stinnes wird entgegen anderslautenden Nachrichten nicht nach London gehen.

Die Verbandsmächte sind nicht einig.

London, 22. Febr. Der politische Berichterstatter des Manchester Guardian schreibt: Die Orientkonferenz begann mit einer klaren Spaltung der Meinungen zwischen Frankreich und Italien auf der einen Seite und Großbritannien auf der anderen. Die britischen Vertreter wollen keine territorialen Abänderungen des Vertrages von Secres, die Franzosen und die Italiener sind aufeinander für eine Abänderung. Die britische Ansicht ist, daß der Vertrag von Secres ist vollständig nicht vollkommen. Er war jedoch die beste Lösung, die die Verbündeten finden konnten. Sein Grund ist, daß das türkische Reich alle nichtchristlichen und insbesondere die christlichen Gebiete herauszunehmen. Die Türkei als herrschende Macht ist verschwunden. Lord George und das Foreign Office werden nicht bereit sein, darauf zurückzukommen. Es sind jedoch Verhandlungen an dem Vertrag möglich, die dem Sieg der Türkei schmeicheln mögen, insbesondere Abänderungen, durch die die Freiheit und Unabhängig-

keit der übrigen verbleibenden Türkei vergrößert und ihre Bevölkerung gemindert wird. — Auf der anderen Seite sind die Franzosen und die Italiener für eine Abänderung des Vertrages. und ihren Wünschen muß vollste Bedeutung beigemessen werden. Dies ist der Grund des Aufschubs der Frage in Paris und der Verurteilung der griechischen und türkischen Vertreter nach London. Wie verlautet, ist Italien noch mehr als Frankreich für eine Abgabe von Smyrna und Thrazien an die Türkei.

Die Nachprüfung der alliierten Schädensberechnung.

Berlin, 22. Febr. Die Reparationskommission in Paris veröffentlicht eine Note vom 15. Februar, in der Mitteilungen gemacht werden über die Aufstellung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, die von der Kommission bereits festzulegen sind. Aufstellung bis zum 1. Mai 1921 abzuschließen sind. Darin wird festgestellt, daß der deutschen Regierung zur Klärung auf die Reklamation eine Frist von wenigstens acht und höchstens 15 Tagen, je nach der Natur des Anspruches, bewilligt wird.

Hierzu bemerkt das WZB: Die Note vom 15. d. Mts. liegt bei den Berliner zentralen Stellen noch nicht vor. Es ist festzuhalten, daß die deutsche Regierung sich darauf einlassen kann, sich im einzelnen vorzulegen zu lassen, binnen welcher Frist sie die Nachprüfung der außerordentlich umfangreichen Aufstellungen zu erledigen hat. Wie wir erfahren, hat die deutsche Kriegskassen-Kommission Anweisung erhalten, diesen Standpunkt der Reparationskommission gegenüber nochmals zum Ausdruck zu bringen.

Gewerkschaften und Paris.

Berlin, 22. Febr. Allmählich regen sich diejenigen Kreise, auf deren behalf schließlich die Forderungen des Pariser Abkommens werden sollen, die Arbeiter. Die parteipolitische Arbeitervertretung allerdings gebildet in den Verbänden sind noch immer übertrieben national, während sie in Deutschland ebenso übertrieben international ist. In diesem Sinne sind dem wohl auch die scharfen Einsprüche zu verstehen, die kürzlich vom Parlamentarismus des englischen Gewerkschaftsbundes und vom Volksgewerkschaft der englischen Arbeiterpartei erhoben worden sind. Zahl neuerdings auch der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei im Sinne des englischen Profettes sich zum vernehmen lassen, und daß er die Abgeordneten zum Wiener Gewerkschaftskongress beauftragt hat, eine gemeinsame Konferenz vorzubereiten, auf der die politischen und wirtschaftlichen Organisationen von Frankreich, Deutschland und England die praktische Lösung des Wiederherstellungsproblems prüfen sollen. Ist ein Zeichen davon, man am Ende auch in der politischen Kreise der französischen Arbeiter einen Schritt nach vorwärts gekommen ist. Die Arbeiter aller Länder haben erkannt, daß sie sich zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen, daß sie das Unmögliche ablehnen und daß sie jetzt oder nie den wahren Internationalismus verwirklichen müssen: die Wirtschaftsgemeinde Europas. Offenheit läßt sich diese internationale Stimme noch vernehmen, ehe in London das Verhältnis über Europa herangebracht ist.

Neuestes in Kürze.

Wien, 22. Febr. In der Sonntagsnacht wurden auf das Pfarrhaus zu Kremsburg, Kreis Wien, etwa 50 Schüsse abgegeben. Hierdurch wurde ein größerer Schaden an der Kirche angerichtet. Menschen sind nicht verletzt worden. Nach kurzer Zeit wurden auch gegen die Schule einige Gewehrschüsse abgegeben. Pfarrer und Lehrer sind unversehrt geblieben.

Stockholm, 22. Febr. Nach vierstündigen Verhandlungen mit den politischen Parteien hat der Landeshauptmann in Göteborg Oskar von Sydow dem Reichstag erklärt, er sei bereit, die neue Regierung zu bilden.

London, 22. Febr. Wie aus Washington gemeldet wird, verläßt dort auf dem Staatsdepartement, daß die amerikanische Regierung dem Völkerbund direkt ihre Forderung unterbreitet hat, daß alle alliierten und assoziierten Nationen in den Mandatsgebieten gleiche Gelegenheit erhalten sollen. Der Beschluß des Staatsdepartements, in dieser Frage trotz des unmittelbaren bevorstehenden Regierungswechsels vorzunehmen, wird seiner Ansicht nach zugunsten, daß der Völkerbund, der jetzt in Paris tagt, eine sofortige Aktion in der Mandatsfrage, wie z. B. der Mandate für Mesopotamien und Palästina plant.

Konstantinopel, 22. Febr. In Armenien haben sich die Bolschewiken erhoben. Truppen haben die Ruhe wieder hergestellt.

Konstantinopel, 23. Febr. Französische Blätter wird gemeldet, daß 2 bolschewistische Armeekorps in Georgien einmarschieren sind. Die georgische Regierung ist im Begriff, nach Batum zu fliehen.

Nach einer Sabotage-Meldung aus Konstantinopel ist das Gerücht verbreitet, das Arsenal von Tiflis sei von den Bolschewiken besetzt worden.

Berufswahl.

In seiner früheren Zeit dürfte eine sachkundige Berufsberatung so sehr Angelegenheit der Defektivität gewesen sein, wie sie es jetzt geworden ist. Angesichts der erschreckenden und gerade jetzt wieder steigenden Arbeitslosigkeit in den meisten Industrie- und Handwerkszweigen hält der Erzieher unserer Jugend sorgfältige Umschau, wo sein Schützling den so schweren Kampf ums Dasein beginnen soll.

Der allgemeinen Kultur unseres Lebens sind wir es zunächst schuldig, das ungeheure, die Gemeinschaft unendlich belastende Heer der ungelerten Arbeitskräfte zu verringern. Somit ist die Berufswahl als solche schon sittliche Pflicht. Es ist ja mehr und mehr bekannt geworden, daß der zukünftige volkswirtschaftliche Gewinn Deutschlands vor allen Dingen darin bestehen wird, viele Rohmaterialien und Rohprodukte aus dem Ausland herinzuführen, sie hier zu wertvollen Fertigfabrikaten zu verarbeiten, um sie dann wieder ins Ausland zu senden. Die Stärke des deutschen Volkes im Weltwirtschaftskreis ist also in hohem Maße ausschlaggebend. Dabei ist seine Arbeitskraft gewonnen. Die Berufsstände, Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften haben sich im wohlverstandenen Interesse des Einzelnen zu bemühen, die Arbeitskräfte möglichst hochwertig zu machen, das gewerbliche und geistige Wissen und Können der deutschen Arbeitnehmer möglichst vollkommen auszubilden.

Indessen wächst sich die Not der Kapitalgeber nachgerade zu einer Katastrophe aus. Die Ausbildung der geistigen Arbeit im neuen Deutschland wird sprichwörtliche Eigenartlichkeit der neuen Wirtschaftsform. Am deutlichsten zeigt sich das bei den kaufmännischen Angehörigen. Die Lage des kaufmännischen Arbeitsmarktes ist einfach trostlos. Die Verwendung kaufmännischer Kenntnisse ist gegenüber früher einfach auf dem Kopf gestellt. Daran haben nicht einmal die Tarife etwas ändern können.

Während bis zum Kriegsausbruch die kaufmännische Lehrgänge die gesunde und vornehme Regel war, hat sich durch die Kriegswirtschaft die Einrichtung der sogenannten „jugendlichen Angestellten“ ohne Lehrvertrag eingeschlichen. Im Kriege war keine Zeit zur Ausbildung. Man stellte sie an einen Arbeitsplatz, der jahraus, jahrein die gleiche schematische Tätigkeit verlangte. Nach drei oder vier Jahren sollen diese mechanisierten Menschen als Gehilfen nach dem Tarif bezahlt werden, der dann keine Unterschiede zwischen gelehrten und jugendlichen Gehilfen macht. Einzelne arbeiten sich zwar aus eigener Kraft demnach empor, die Masse aber hat durch Leerdienst den Mangel an gründlicher Ausbildung von geringerem Einkommen und tieferer Stellenlosigkeit zu befehlen. Darum wehren sich auch die maßgebenden Berufsgewerkschaften, wie der Deutschnationale Handlungsgesellen-Verband, gegen die Beibehaltung der jugendlichen Angestellten ohne Lehrverpflichtung und Ausbildungsrecht. Der kaufmännische Angestellte muß spätestens Mitte der 20er Jahre in die qualifizierte oder selbständige Gruppe aufsteigen, damit er auch an eine Familiengründung denken kann.

Auch das berufständische Gemeinheitsgefühl wendet sich gegen die ungelerten Jugendlichen. Sie bilden aus dem angegebenen Gründen schon heute ein unzufriedenes, verbittertes Element und tragen in höchstem Maße die Gefahr der Proletarisierung mit sich herum.

Nun sind im Vertriebsgesetz ausdrücklich die Angestelltenräte oder Betriebsräte verpflichtet worden, die wirtschaftliche Ausbildung und ordentliche Anleitung der Lehrlinge zu überwachen und zu fördern. Die Einrichtung der jugendlichen Angestellten muß darum aus jedem Berufe unbedingt wieder verschwinden.

Kein anderer Beruf als wie der kaufmännische ist zudem auch so von weiblichen Arbeitskräften überflutet. Die Klagen über den Mangel an hausfraulichen Hilfspersonal wollen nirgends verstummen. Hier sind also Notwendigkeiten zu überwinden.

So groß das Ueberangebot an Arbeitskräften für alle „gewöhnlichen“ kaufmännischen Arbeiten ist, so fehlt es dennoch auch hier an tüchtigen, hochwirtschaftlich besonders befähigten Köpfen. Für leitende Posten im Industrie- und Handelsleben fehlen dauernd tüchtige Bewerber.

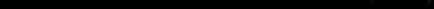
Diese Hinweise lassen erkennen, welche bedeutsamen Pflichten gegen die Allgemeinheit und die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands die Berufswahl mit sich bringt. Zweckmäßig sollte in jedem Einzelfalle vor der Entscheidung die Auskunft der zuständigen Berufsgewerkschaft zu Rate gezogen werden. Auch hier handelt es sich um eine Frage der wirtschaftlichen Wiedergewinnung, so daß die Beachtung dieser Hinweise wohl erwartet werden darf.

Paul Geget.

Mensch, 28. Februar 1921.

Die Arbeitgeber-Vereinigung von Neuz und Umgegend (Untergruppe Eifen) erläßt eine Erklärung, wonach sie beschloffen habe, die Vertragssverhältnisse zu ihren Arbeitern mit einer Frist von 14 Tagen, also zum 9. März zu kündigen. Ausch dazu hat das

arbeitern in anderen Städten Arbeitsstellen gefunden



Rhein-Maas-Eschelde-Kanal und der Arel

100

Leber- und Nieren- und Umgegend.
Doppelpackung Mark
Dazu „Luna“ Blutrein-
Tee M. 6.50 u. 6.— Alle
echt durch
Drogenhaus C. H. & C.
Neuss, Oberstr. 104,
früh. Eugen Moubis, W.
Telefon 1493.

Mein Geschäft seit dem 14. Jan. 1877. Erklärung, ob das die

10, Haltère Falle M.
Doppelpackung Mark
Dazu „Luna“ Blutrein
Tee M. 5.50 u. 6.— Alle
echt durch
Drogenhaus C. Haas
Neuss, Oberstr. 104,
früh. Eugen Moubis, W
Telefon 1403.

Mittwoch,

Pos.

Das englische und wenn ich welsche bei der pflegt, weil es mühte man recht hinsober ja an der eng- gelegenen Schiffal händ viel Arbeit rede noch in Georges ge- viert. Die te- Deutschland Wiebezugsman ein du- ge werde, der Anglistes trages, sein Souverenz, und damit se- ständigigsten der kommen- Zweifel die einer diplom- wird oder n- land werden möglichkeiten wird Wider- geht aber an- reist notged- Man hat de- Verstand, w- nung gepat- sten Verhan- aber darf m- Verfallens n- die neuen W- schreien Frei- wird. Das egyptene Gie- wollen, eini- Bedingungen das von den- stellt sich in- in der Enn- wollte, hat j- jene Gänge. gemeinsam i- unsere Gegn- nicht ganz v- nicht zu Be- rechnen auch- sen doch ein- lands einm- Arbeitslüt- Anders etwa-

Die Stin- allem viel A- dem Kohlen- volle Erfüllung das Deutsch- leisten konnte in Frankreich- oder ganz im- jedoch man s- schwarzen S- rung nichts auf unsere G- es denn i- gefühl mehr- mehr an d- die Dauer n- dere Merkm- großen Deut- Westkrieges

und ein M-

18) von G.

„O ja –“
sagte ich, als ich auf dem gezeichneten Bild darauf. Der handelt, der nützlich der herab. Die riet und in ihre Namen, mein Horrid- und hatte l- Stanga d'or Donna Joh- Poiserie dur- Kamin, von der mit sein führt war, Holanta hen war ich sch- gezeichnet, d- Treppe führ- Mauer aus- gingen in e- Schon w- ihn zu frag- teressanten- als ich eine frappten, nen Stanga ersten Bild. Ich ungesch- und zwar du- dem ich ges- merktheit dunklen Ein- waren mit e- geigst, als d- Form auch- gen war, so
